

Professor Dr. Ingo Koller, Passau

Die Rechtsbeziehungen zwischen Sportveranstaltern und Zuschauern

I. Diskussionsstand und Kritik

Der Vertrag zwischen Sportveranstaltern und Zuschauern wird von Literatur und Rechtsprechung ohne eingehendere Diskussion der Kategorie der Werkverträge zugewiesen¹. Man rückt den Vertrag in die Nähe² der Veranstaltung von Theateraufführungen³. Bei beiden Vertragsverhältnissen erschöpfe sich die Pflicht des Veranstalters nicht in der entgeltlichen Überlassung eines Platzes. Vielmehr schulde der Veranstalter die Herstellung eines Werkes, dessen Qualität mit Vorführung eines von dem Platz des Zuschauers aus sichtbarem Sportgeschehen einer bestimmten Gattung umschrieben wird⁴. Zum Beweis dieser Einordnung wird darauf hinge-

1) RGZ 127, S. 313 (314); RG, WarnR 1936 Nr. 168; BGH, VersR 1957, S. 228 (229); OLG Nürnberg, VersR 1955, S. 444; Münchener Kommentar (MünchKomm)-Söllner, BGB (1980), § 611 Rdnr. 102; Münchener Kommentar (MünchKomm)-Soergel, BGB (1980), § 631 Rdnr. 57; Reichert, Grundriß des Sportrechts und des Sporthaftungsrechts (1968), S. 226; Erman-H. H. Seiler, BGB (7. Aufl. 1981), vor § 631 Rdnr. 34; Soergel-Ballerstedt, BGB (10. Aufl. 1969), vor § 631 Rdnr. 20.

2) MünchKomm-Söllner, a. a. O. (Fn. 1); MünchKomm-Soergel, a. a. O. (Fn. 1); Erman-H. H. Seiler, a. a. O. (Fn. 1); Soergel-Ballerstedt, a. a. O. (Fn. 1).

3) RGZ 59, S. 22 (23); 133, S. 388 (389).

4) RGZ 127, S. 313 (314); OLG Nürnberg, VersR 1955, S. 444.

wiesen, daß es in Fällen nachträglicher Verhinderung der Veranstaltung angemessen sei, den Zuschauern einen Anspruch auf Rückzahlung des Eintrittsgeldes zu geben, – eine Rechtsfolge, die spezifisch werkvertraglicher Natur sei⁵. Im Gegensatz dazu wird die Verpflichtung der an der Veranstaltung teilnehmenden Sportler als Dienstleistung (§ 611 BGB) qualifiziert⁶. Diese Sportler seien ebenso wie die im Rahmen von Theateraufführungen auftretenden Künstler Erfüllungsgehilfen des Veranstalters, wobei es gleichgültig sei, ob der Sportler Arbeitnehmer des Veranstalters oder selbständig tätig ist⁷.

Die pauschale Einordnung der Sportveranstaltungsverträge in die Kategorie der Werkverträge erscheint auf den ersten Blick überzeugend. Es fällt jedoch auf, daß die mietrechtlichen Elemente des Vertrages mit dem Argument ausgeblendet werden, die Benutzung des dem Zuschauer zugewiesenen Platzes sei lediglich ein Mittel zur Erfüllung des Werkvertrages⁸. Aber auch gegen die Interpretation, der Veranstalter verspreche einen Erfolg, lassen sich erhebliche Einwände vorbringen. Nicht durchschlagend ist jedenfalls das Argument, nur die Qualifikation des Vertragsverhältnisses als Werkvertrag sichere den Zuschauern einen Anspruch auf Rückzahlung des Eintrittsgeldes, falls die Veranstaltung ausfalle; denn § 323 BGB kommt in aller Regel auch dann zum Zuge, wenn man das Vertragsverhältnis als Dienstvertrag ansieht, da die Veranstaltungshindernisse im allgemeinen nicht in der Person des Veranstalters (§ 616 Abs. 1 BGB) liegen werden⁹. Einer Betonung der dienstvertraglichen Elemente des Vertrages steht auch nicht der Umstand entgegen, daß der Veranstalter nicht selbst als Sportler auftritt. § 613 BGB sagt nämlich ausdrücklich, daß der Verpflichtete nur im Zweifel die Dienste in eigener Person zu erbringen habe. Es ist daher durchaus möglich, daß sich der Veranstalter zu Diensten verpflichtet und sich beide Parteien von vornherein darin einig sind, daß diese Dienste von Dritten, gegebenenfalls sogar von namentlich genannten Dritten zu leisten sind. Nimmt man das Werk (§ 631 Abs. 1 BGB) unter die Lupe, das der Veranstalter nach h. M. herzustellen verspricht, so fällt auf, daß die Erwartungen der Besucher über die bloße Zulassung zur Beobachtung eines angekündigten Vorgangs, z. B. bei Fußballspielen das Spiel zwischen zwei vorher festgelegten Mannschaften¹⁰, hinausgehen. Die Zuschauer erwarten, daß ihnen zumindest nach Tagesform sportliche Höchstleistungen der aktiven Teilnehmer, wenn nicht gar Weltrekorde oder der Sieg einer bestimmten Mannschaft geboten werden. Mit der gleichen Sicherheit läßt sich sagen, daß ihre Erwartungen enttäuscht werden, falls die Sportler zwar die angekündigte Sportart betreiben, sich aber nicht sonderlich anstrengen. Nun wäre es sicherlich verfehlt, das geschuldete Werk mit den Kriterien „Rekord oder Gewinn einer bestimmten Mannschaft“ zu umschreiben. Diese Erfolge liegen ersichtlich außerhalb des Machtbereichs des Veranstalters und können daher nach Treu und Glauben auch nicht Teil eines werkvertraglichen Versprechens sein¹¹. Fixiert man aber den vom Veranstalter geschuldeten Erfolg mit Hilfe der Kriterien „Höchstleistungen nach Tagesform der Sportler“, so verzichtet man letztlich darauf, das geschuldete Werk näher zu bestimmen, weil sich der Inhalt des geschuldeten Werkes nie *ex ante* feststellen läßt. Die schuldnerische Verpflichtung läuft letztlich darauf hinaus, daß der Schuldner nach Kräften tätig werden soll. Wer also „Höchstleistungen nach subjektiven Fähigkeiten“ verspricht, übernimmt eine Verpflichtung zu Dienstleistungen im Sinne des § 611 BGB¹². Damit ist jedoch noch keineswegs gesagt, daß sämtliche Veranstalter eine Verpflichtung dieses Inhalts eingehen, mag sie auch den Erwartungen der Zuschauer entgegenkommen. Die Veranstalter werden sich nämlich kaum jemals ausdrücklich so weitreichend verpflichten. Es ist deshalb unter Berücksichtigung von Treu und

Glauben (§ 157 BGB) zu prüfen, ob es zumutbar ist, den Veranstaltern die Einstandspflicht dafür aufzuerlegen, daß die angekündigten Sportler auftreten und Höchstleistungen erbringen. Hält man dies für unzumutbar, so müßte die Verpflichtung des Veranstalters in der Tat auf Vorführung einer bestimmten Sportart oder gar auf die Pflicht zur Organisation eines bestimmten sportlichen Geschehens reduziert werden. In diesem Zusammenhang mag es eine erhebliche Rolle spielen, ob die Eintrittsgelder lediglich aktuelle Kosten abdecken sollen und welche Einflußmöglichkeiten der Veranstalter auf die Sportler, eingeladenen Vereine sowie Schiedsrichter besitzt. Bevor auf diese Fragen näher eingegangen wird, soll im folgenden zunächst eingehender untersucht werden, anhand welcher Wertungen man die Reichweite der vom Veranstalter abgegebenen Verpflichtungserklärungen zu bestimmen hat.

II. Die Verpflichtung des Veranstalters

1. Maßgebliche Wertungen

Überall dort, wo sich der Inhalt einer Verpflichtung nicht ausschließlich anhand des vom Schuldner geäußerten Willens ermitteln läßt, die Erklärungen des Schuldners mithin auslegungsbedürftig sind, kommt es maßgeblich darauf an, wie der Auslegungsmaßstab „Treu und Glauben“ zu konkretisieren ist¹³, mit anderen Worten, anhand welcher Kriterien über die Angemessenheit der Rechtsfolgen zu entscheiden ist, die mit bestimmten Auslegungsergebnissen verbunden sind. In der hier zur Diskussion stehenden Konstellation ist zunächst zu beachten, daß für die Auslegung der vom Veranstalter abgegebenen Erklärungen nicht primär das *in natura* geschuldete Leistungsergebnis bzw. die geschuldete Tätigkeit ausschlaggebend sein kann, da die Zuschauer als Gläubiger kaum jemals die reale Leistungsbewirkung erzwingen werden. Prüfstein ist mangels besonderer Umstände vielmehr zum einen die Verteilung der Preisgefahr, d. h. die Frage, in welchem Ausmaß es angemessen ist, dem Veranstalter den erhofften Gewinn zu entziehen und ihn mit dem Vorbereitungsaufwand zu belasten, falls die Veranstaltung aus irgendeinem Grund nicht zustandekommt; denn von der Entscheidung über den Kreis der Pflichten hängt die Intensität der Preisgefahr (§ 323 BGB) ab. Zum anderen sollte man die Pflichten so bemessen, daß der Schuldner nicht mit unerträglichen Schadensersatzrisiken belastet wird. Dies gilt vor allem dort, wo von vornherein klar ist, daß der Schuldner den Bedarf des Gläubigers nur mit Hilfe Dritter zu decken vermag. Da gemäß § 278 BGB der Schuldner für seine Erfüllungsgehilfen einzustehen hat, gehört es zur anerkannten Auslegungspraxis, den Kreis der Pflichten so zu umreißen, daß die Haftung für Erfüllungsgehilfen zumutbar bleibt¹⁴.

Aus dieser Perspektive heraus erscheint es zunächst als sachgerecht, mangels abweichender Anhaltspunkte die Pflichten des Veranstalters so auszuformen, daß sie sich im wesentlichen auf den vom Schuldner beherrschbaren und kal-

5) RGZ 127, S. 313 (314); Soergel-Ballerstedt, a. a. O. (Fn. 1).

6) MünchKomm-Söllner, a. a. O. (Fn. 1) m. Nachw.; vgl. ferner Eichenberger, Zivilrechtliche Haftung des Veranstalters sportlicher Wettkämpfe, Diss., Zürich 1973, S. 101.

7) RGZ 127, S. 313 (314 ff.); BGH, VersR 1957, S. 228 (229); RGZ 59 S. 22; Soergel-Ballerstedt, a. a. O. (Fn. 1).

8) OLG Nürnberg, VersR 1955, S. 444.

9) Dabei sei die Frage ausgeklammert, ob § 616 BGB, der sozialpolitische Funktionen erfüllen soll, dort restringiert werden muß, wo Dienstverträge unter Einsatz einer größeren arbeitsteiligen Organisation erfüllt werden und es evident an einer sozialen Schutzbedürftigkeit fehlt.

10) OLG Nürnberg, VersR 1955, S. 444.

11) Vgl. Koller, Die Risikozurechnung bei Vertragsstörungen in Austauschverträgen (1979), S. 169 ff. m. Nachw.

12) Vgl. auch Eichenberger, a. a. O. (Fn. 6), S. 101, 110.

13) Lüderitz, Auslegung von Rechtsgeschäften (1966), S. 356 ff.

14) Vgl. Lüderitz, NJW 1975, S. 1 (5 ff.) m. Nachw.; ferner v. Caemmerer, Festschrift Hauß (1978), S. 33 (41).

kulierbaren Bereich erstrecken. § 323 BGB ist nämlich, wie ich an anderer Stelle nachzuweisen versucht habe¹⁵, im Lichte der generell-typischen Beherrschbarkeit¹⁶ des Leistungserbringungsprozesses und der Möglichkeit, etwaige Schäden oder Fehlinvestitionen einzukalkulieren und vergleichsweise reibungslos aufzufangen¹⁷, zu interpretieren bzw. zu restringieren. Diesen Wertungen wird ferner bei der Abgrenzung von Dienst- und Werkverträgen¹⁸, aber auch bei der Antwort auf die Frage Rechnung getragen, ob sich der Schuldner zur Leistung von Diensten, zu einem Erfolg oder lediglich zur Dienstverschaffung verpflichtet hat. So qualifiziert die Rechtsprechung Verträge als bloße Dienstverschaffungsverträge, falls die die Arbeit leistende Person entweder in den Betrieb des Gläubigers eingegliedert¹⁹ wird oder ausschließlich dessen Weisungen untersteht²⁰ und der Schuldner deshalb jeden Einfluß²¹ verloren hat, der über die Auswahl des Dienstleistenden hinausgeht. Für bedeutsam wird in diesem Zusammenhang auch der Umstand gehalten, daß der Schuldner ein Entgelt bekommen sollte, das er als Risikodeckungsbeitrag²² zur Absorption der mit weitergehenden Pflichten üblicherweise verbundenen Risiken hätte nutzen können²³.

Gleiches gilt im Lichte des § 278 BGB. Auch wenn man die *ratio* des § 278 BGB nicht ausschließlich in der Beherrschung der Gefahren- und Beweislage durch den Schuldner erblickt²⁴, sondern mit dem historischen Gesetzgeber²⁵ davon ausgeht, daß der Schuldner die Garantie für das ordnungsgemäße Verhalten derjenigen übernehmen soll, die bei der Leistung mitwirken²⁶, so müssen doch in einer arbeitsteiligen Wirtschaft die aus Schuldner und Erfüllungsgehilfen zusammengesetzten Funktionseinheiten²⁷ sinnvoll gebildet werden. Der Pflichtenkreis des Schuldners muß daher so ausgestaltet werden, daß ihn im Falle eines Pflichtenverstosses, mit dem ja immer gerechnet werden muß, keine unzumutbaren Schadensersatzlasten treffen, andererseits aber auch hinreichend dafür gesorgt ist, daß sich Schuldner und die von ihm eingeschalteten Dritten mit verkehrserforderlicher Sorgfalt für die Befriedigung der Bedürfnisse des Gläubigers einsetzen²⁸. Beiden Anforderungen wird man, wie in Literatur und Praxis anerkannt ist, nur dann genügen, wenn man berücksichtigt²⁹, in welchem Umfang der Schuldner auf die Tätigkeit Dritter Einfluß zu nehmen und wie gut er das Risiko etwaiger Pflichtwidrigkeiten zu kalkulieren und aufzufangen^{30,31} vermag³². Vorwiegend im Lichte dieser Wertungen sind im folgenden die Pflichten des Veranstalters gegenüber den Besuchern herauszuarbeiten.

2. Die Pflichten des Veranstalters im Hinblick auf die räumlichen Verhältnisse

Mit dem Abschluß des Veranstaltungsvertrages verspricht der Veranstalter zunächst dem Besucher, ihm die Möglichkeit zu verschaffen, die Sportveranstaltung zu beobachten. Dabei wird der Ort, von dem aus der Besucher die Veranstaltung verfolgen kann, mehr oder minder deutlich angegeben. Da der Veranstalter einer Vielzahl von Besuchern gleichzeitig Zugang zu den Zuschauerräumlichkeiten einräumt, hat er ferner dafür Sorge zu tragen, daß der einzelne Besucher den ihm gebührenden Platz einzunehmen vermag und daß ihm nicht andere Zuschauer in unangemessener Weise den Blick auf das Sportgeschehen verbauen. Es ist selbstverständlich, daß sich die Schutzpflichten des Veranstalters darauf erstrecken, mit zumutbaren Kräften die Platzverhältnisse so auszugestalten, daß die Besucher vor Schäden an Gesundheit und Eigentum bewahrt bleiben.

3. Pflichten im Hinblick auf das sportliche Geschehen

Es wäre nun verfehlt, in einer Art Einheitsregelung, jeden Veranstalter den gleichen Pflichten im Hinblick auf den Ablauf der Sportveranstaltung zu unterwerfen. Wie zu zeigen

ist, ist vielmehr eine Differenzierung am Platz, die sich primär daran orientiert, ob die auftretenden Sportler Arbeitnehmer bzw. jedenfalls Mitglieder des Veranstalters sind oder ob

15) Koller, Risikozurechnung, a. a. O. (Fn. 11), S. 9 ff., 280 ff.

16) Vgl. Koller, Risikozurechnung, a. a. O. (Fn. 11), S. 78 ff.

17) Zur Bedeutung der Absorption vgl. Koller, Risikozurechnung, a. a. O. (Fn. 11), S. 89 ff.

18) Siehe oben Fn. 11.

19) BAG, AP Nr. 9 zu § 103 BetrVG 1972 = DB 1977, S. 1273.

20) BGH, VersR 1970, S. 934 (935); BGH, WM 1978, S. 620 (621).

21) OLG Hamm, VersR 1978, S. 548.

22) Vgl. Koller, Risikozurechnung, a. a. O. (Fn. 11), S. 92.

23) Vgl. BGH, VersR 1970, S. 934 (935); OLG Hamm, VersR 1978, S. 548. Umgekehrt wurde aus der Höhe des Entgelts geschlossen, daß der Schuldner die typischen Risiken eines Werkvertrages übernommen habe (BGH, NJW 1975, S. 780 f.).

24) v. Caemmerer, Hundert Jahre Deutsches Rechtsleben, in: Gesamtelte Aufsätze I (1968), S. 532 f.

25) Mot. II 30.

26) Staudinger-Löwisch, BGB (12. Aufl. 1979), § 278 Rdnr. 1; Esser-Schmidt, Schuldrecht Bd. I 2 (5. Aufl. 1976), S. 48.

27) Vgl. Koller, NJW 1971, S. 1776, - (1780); ähnlich wohl Esser-Schmidt, Schuldrecht, a. a. O. (Fn. 26), S. 49; Staudinger-Löwisch, BGB, a. a. O. (Fn. 26), § 278 Rdnr. 18.

28) Wenn Feder, Verantwortlichkeit für fremdes Verschulden (1902), S. 33, § 278 BGB damit rechtfertigt, daß der Geschäftsherr die besseren Rückgriffsmöglichkeiten besitze, kommt er mit der Wertung in Konflikt, daß Ansprüche aus Verletzung von Vertragspflichten nach Möglichkeit auf die Vertragspartner begrenzt bleiben und nicht im Regreßwege die ganze Kette der arbeitsteilig Mitwirkenden belasten soll. Aus der Sicht einer optimalen Steuerung des Produktionsprozesses wäre es fraglos sinnvoll, den Schadensersatz, gegebenenfalls im Wege des Regresses, so zu kanalisieren, daß er letztlich denjenigen trifft, der mit zumutbarem Aufwand den Schaden verhindern konnte. Das kann in dem System der Arbeitsteilung sowohl ein Unternehmer sein, der in der Phase der Leistungsvorbereitung (z. B. Bau der Produktionsstätte), als auch ein Unternehmer sein, der in der Phase der Leistungserbringung (z. B. Subunternehmer) tätig wurde. Der Maßstab der zumutbaren Sorgfalt müßte dann im Lichte der Schäden festgesetzt werden, die der Kunde des Schädigers samt allen seinen Abnehmern und deren Abnehmern erleiden kann. Die Schwäche einer derartigen Regelung liegt zum einen darin, daß der Schädiger angesichts der Vielfalt der Verwendungsmöglichkeiten, die jedem Produkt im Laufe einer arbeitsteiligen Weiterverwendung offenstehen, die Höhe der potentiellen Schäden kaum kalkulieren könnte, also mit unzumutbaren Risiken belastet wäre. Zum anderen könnte das je nach Verwendungsart schwankende Risiko nur schwer im Preis weitergegeben werden. Man denke nur an den Hersteller von Schrauben, der einen Großhändler beliefert, der seinerseits die Schrauben an Kunden weiterverkauft, die sie zu unterschiedlichsten Zwecken verwenden. (Dies verkennen Esser-Schmidt, Schuldrecht, a. a. O. [Fn. 26], S. 51 f.). Diese Gründe stehen letztlich neben anderen hinter der h. M., derzufolge die in der Leistungsvorbereitungsphase tätigen Dritten nicht als Erfüllungsgehilfen fungieren (BGH, NJW 1978, S. 1157; Münchener Kommentar-Hanau, BGB [1979], § 278 Rdnr. 18; Larenz, Schuldrecht Bd. I [12. Aufl. 1979], S. 246 f.).

29) Damit sind natürlich nicht erschöpfend sämtliche *topoi* genannt, die bei der Konkretisierung des Pflichtenmaßstabes im Lichte des § 278 eine Rolle spielen. Bedeutsam kann etwa der Umstand sein, daß ein Teil der Konkurrenten mit eigenen Leuten oder gar allein tätig wird, um die Leistung zu bewirken oder einen bestimmten Schutz zu gewähren, sowie der Umstand, daß der Schuldner gezwungen ist, sich selbständiger Dritter zu bedienen. Ferner mag ins Gewicht fallen, daß der Schuldner erkennbar das Angebot macht, die Erledigung von Aufgaben, die herkömmlich von unabhängig voneinander tätigen Spezialisten erledigt wurden, in einer Hand zusammenzufassen (z. B. Durchfrachtunternehmer im multimodalen Güterverkehr, Reiseveranstalter) oder daß andererseits Geschäftsformen bereitstehen, durch die der Schuldner seine Haftung auf sachgerechte Auswahl zu begrenzen imstande ist.

30) RGZ 78, S. 380 (381); BGH, LM § 276 (Hb) BGB Nr. 2; Lüderitz, NJW 1975, S. 1 (8). Vgl. auch Esser-Schmidt, Schuldrecht, a. a. O. (Fn. 26), S. 48, anders S. 49, wo sie die Einflußmöglichkeit auf den Dritten als gänzlich unerheblich bezeichnen. Richtig ist nur, daß der Beherrschbarkeitsgedanke nicht verabsolutiert werden darf. Rathjen, MDR 1979, S. 446 (448 ff.).

31) Damit wird § 278 BGB in das allgemeine System der verschuldens-unabhängigen Risikoverteilung eingeordnet, in das aus der Sicht des Schuldners auch § 278 BGB gehört, denn der Schuldner selbst haftet ohne Rücksicht auf eigenes Verschulden.

32) Die Relevanz dieses Faktors wird häufig verkannt. Vgl. aber Larenz Schuldrecht Bd. I, a. a. O. (Fn. 28), S. 246, wo auf die Versicherungsmöglichkeit des Schuldners hingewiesen wird. Ferner Lüderitz, NJW 1975, S. 1 (6 f.), wenn er darauf abhebt, ob die Tätigkeit des Dritten unterneh-

sie als Arbeitnehmer des eingeladenen Vereins bzw. lediglich als Amateure auftreten. Ferner spielt es eine erhebliche Rolle, ob aus der Sicht des typischen Zuschauers das Eintrittsgeld der Gewinnerzielung oder lediglich der Abdeckung der aktuellen Kosten dient. Schließlich dürfen die Beziehungen zwischen dem Veranstalter und den eingeladenen Vereinen auch nicht gänzlich unberücksichtigt bleiben. Wenn nämlich der eingeladene Verein gegen Entgelt auftritt, wird dies eher eine Ausdehnung der Pflichten des Veranstalters rechtfertigen.

a) Pflichten in Hinblick auf die Amateurmitglieder des veranstaltenden Vereins

Sicher ist zunächst, daß der Veranstalter keine bestimmten sportlichen Leistungsergebnisse im Sinne eines Werkvertrages verspricht. Diese Erfolge stehen nicht nur außerhalb des Einflusses des Veranstalters. Auch aus der Sicht der vom Veranstalter eingesetzten Sportler sind bestimmte sportliche Erfolge zu ungewiß, als daß sie vernünftigerweise versprochen werden. Als werkvertraglicher Erfolg, der vom Veranstalter versprochen werden könnte, kommt deshalb nur die Möglichkeit in Betracht, das sportliche Geschehen zu beobachten. Es stellt sich aber die Frage, ob der Veranstalter zumindest in Hinblick auf die bei ihm organisierten Sportler verspricht, daß er in Gestalt der Vereinsmitglieder mit allen zumutbaren Kräften um den sportlichen Erfolg ringen wird, ob der Veranstalter also eine das sportliche Geschehen unmittelbar betreffende Dienstpflicht eingeht. Die Tatsache, daß der Veranstalter derart weitgehende Dienstleistungen nicht höchstpersönlich zu erbringen vermag, spricht sicherlich nicht gegen die Statuierung von Dienstpflichten, da sich aus den Umständen klar ergibt, daß sie durch Dritte erbracht werden müssen. Auch der Umstand, daß die Erfüllung der Dienstpflicht dem Zuschauer nicht unmittelbar, sondern nur durch Betrachten zugute kommt, steht der Statuierung einer solchen Pflicht nicht entgegen, mag auch die Erfüllung der Pflicht von der Mitwirkung der Zuschauer im Sinne des § 295 BGB abhängen. Gegen die Statuierung einer solchen Pflicht spricht vielmehr das im Vergleich zur Werkvertragskonstruktion „Möglichkeit zur Beobachtung eines sportlichen Geschehens“ erhöhte Haftungsrisiko, das der Veranstalter läuft, wenn die aktiven Sportler schuldhaft nicht die von ihnen erwarteten subjektiven Höchstleistungen erbringen, sondern allenfalls durchschnittliche Leistungen zeigen. Dabei kommen als ersatzfähiger Schaden nach der allerdings fragwürdigen Lehre vom Frustrationsschaden³³ die Aufwendungen der Zuschauer, u. a. Anfahrt- und Übernachtungskosten, in Betracht. Ferner ist daran zu denken, daß die den vereinbarten Standards nicht entsprechenden Sportaktivitäten keine entgeltwürdige Erfüllung der Dienstverpflichtung darstellen. Vielfach geht man freilich davon aus, daß der Dienstberechtigte bei sog. Schlechtleistungen das Vergütungsrisiko trägt und auf Ersatzansprüche aus positiver Forderungsverletzung angewiesen ist³⁴. Es ist nun richtig, daß im Dienstvertragsrecht besondere Gewährleistungsregeln fehlen. Daraus folgt jedoch nicht, daß auf Dienstleistungen der selbständig Tätigen die allgemeinen Vorschriften der §§ 320 ff. BGB nicht zur Anwendung kommen, – jedenfalls dann, wenn der Schuldner die Schlechterfüllung zu vertreten hat. Da die vom Veranstalter geschuldete Leistung als Fixschuld zu qualifizieren ist, führen die den geschuldeten Standards widersprechenden Sportaktivitäten zu einer Teilunmöglichkeit, die die Zuschauer berechtigt, das Entgelt zu mindern oder bei Wertlosigkeit der Vorführung ganz zurückzufordern (§§ 325, 323 Abs. 1 Halbs. 2, §§ 472, 473 BGB)³⁵. Theoretisch können mithin auf den Veranstalter erhebliche Kosten zukommen, wenn man ihn verpflichtet, die den eingesetzten Sportlern möglichen Höchstleistungen zu erbringen. Praktische Bedeutung werden diese Ansprüche allerdings kaum jemals gewinnen; denn

die Beweislage der Zuschauer ist schlecht und es dürfte auch nicht der Mentalität der Zuschauer entsprechen, wegen sportlicher Schlechtleistungen Regreßansprüche zu erheben. Schon wegen des Grundsatzes, Wertungswidersprüche zu anderen Vertragstypen zu vermeiden, sollte man aber die Pflichten des Veranstalters so ausformen, als ob Pflichtverletzungen in jedem Fall realisierbare Regreßforderungen auslösen. Stellt man sich auf diesen Standpunkt, so muß der Veranstalter vor dem Risiko sportlicher Schlechtleistungen bewahrt bleiben, falls er zum einen auf die aktiven Sportler nur unzureichend Druck ausüben und daher auch nicht zu gewährleisten vermag, daß sich die Sportler den Zuschauererwartungen entsprechend anstrengen, sowie zum anderen ausreichende Absorptionsmöglichkeiten fehlen. Man hat deshalb zu differenzieren.

Dienen die Eintrittsgelder auch aus der Perspektive der Zuschauer nur dazu, die Kosten der Veranstaltung abzudecken, so wird man grundsätzlich die Pflichten des Veranstalters nicht darauf erstrecken dürfen, daß sich die bei ihm organisierten Sportler nach Möglichkeit bemühen. Der Verein als Veranstalter wird nämlich gegen seine Mitglieder, die nicht ihr Bestes geben, kaum jemals Rückgriff nehmen können. Vielfach wird es an einer Mitgliedschaftspflicht zur Teilnahme an sportlichen Veranstaltungen fehlen. Aber auch dort, wo den „Aktiven“ kraft Satzung die Teilnahme an sportlichen Veranstaltungen obliegt und diese Pflicht durch Schadensersatzansprüche oder gar Vereinsstrafen sanktioniert ist, wird man von einem Verein nicht erwarten können, daß er diese Rechte ausübt; denn ein derartiges Vorgehen würde den Zusammenhalt der Vereinsmitglieder untergraben. Gleiches gilt unter dem Aspekt des Auftragsrechts³⁶. Der Verein muß deshalb hinnehmen, daß sich seine Amateurmitglieder im Rahmen ihres sportlichen Ehrgeizes anstrengen. In dieser Situation ist es dem Verein nicht zuzumuten, daß er Pflichten in Hinblick auf die sportliche Qualität der Darbietungen übernimmt. Man wird daher mit der h. M. die Verpflichtung des

merisch ausgenutzt wird oder bloß weitergegebener Kostenfaktor ist. Die häufig anzutreffende Beschränkung des Kreises der Erfüllungsgehilfen auf Personen, die dem Schuldnerberuf verwandte Aufgaben erfüllen, dürfte darauf zurückzuführen sein, daß der Schuldner das Risiko, das mit der Einschaltung von Personen verbunden ist, die über nicht zum Berufsfeld des Schuldners gehörende spezifische Kenntnisse verfügen, nicht hinreichend zuverlässig kalkulieren kann. (Beispiel: Der Taxiunternehmer, der den Arzt zum Kranken bringt, ist nicht Erfüllungsgehilfe.)

33) Dazu allgemein *Loewe*, VersR 1963, S. 307; *Larenz*, Festschrift Öttinger (1969), S. 151 ff.; *Esser-Schmidt*, Schuldrecht, a. a. O. (Fn. 26), S. 144 ff.; *Hansen*, Normativer Schadensbegriff und Schadensberechnung (1977), S. 77 ff.; a. A. *Keuk*, Vermögensschaden und Interesse (1972), S. 246 ff.; jetzt auch *Larenz*, Schuldrecht, a. a. O. (Fn. 28), S. 393 m. Nachw. In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, daß im Rahmen des Ersatzes des Nichterfüllungsschadens mit einer Rentabilitätsvermutung gearbeitet wird (vgl. *Staudinger-Medicus*, BGB, 12. Aufl., § 249 Rdnr. 129 m. Nachw.; ferner *Fikentscher*, Schuldrecht [6. Aufl. 1976], § 48 I 2, S. 239, die zutreffend auch auf Rentabilität unter dem Aspekt immaterieller Vorteile erstreckt wird, da diese sonst gänzlich ungeschützt bliebe *Stoll*, Festschrift Duden [1977], S. 641 [657 ff.]; a. A. *Staudinger-Medicus*, a. a. O., § 249 Rdnr. 130).

34) Vgl. BGH, NJW 1963, S. 1301 f.; OLG Düsseldorf, NJW 1975, S. 595 (596); *Soergel-Wlotzke-Volze*, BGB (10. Aufl. 1969), § 611 Rdnr. 64.

35) *W.-H. Roth*, VersR 1979, S. 600 (601); MünchKomm-Söllner, BGB, a. a. O. (Fn. 1), § 611 Rdnr. 23; *Larenz*, Schuldrecht Bd. II (12. Aufl. 1981), S. 258; auch trotz der typischen Schutzbedürftigkeit des Arbeitnehmers (vgl. *W.-H. Roth*, VersR 1979, S. 496 [502]) für das Arbeitsverhältnis *Beuthien*, ZfA 1972, S. 73 (76 ff.), *Zölner*, Arbeitsrecht (2. Aufl. 1979), S. 156.

36) Es bleibt dahingestellt, ob ein Amateurmitglied eines Vereins, das seine Teilnahme an einer Veranstaltung zusagt, überhaupt einen Auftragsvertrag abschließt. Dagegen spricht zum einen, daß aus der Sicht des Sportlers die Gelegenheit, seine Fähigkeiten zu zeigen, im Vordergrund steht. Zum anderen dürfte die Verkehrssitte (vgl. Münchener Kommentar-Seiler, BGB [1980], § 662 Rdnr. 71) gegen einen vertraglichen Bindungswillen des Sportlers sprechen, da in der Praxis der Bruch der Zusage nicht durch Schadensersatzansprüche sanktioniert wird.

veranstaltenden Vereins darauf beschränken müssen, daß er den Zuschauern Gelegenheit verschafft, sportliche Aktivitäten der angekündigten Art zu beobachten.

Die Beurteilungsbasis verändert sich, wenn die Sportveranstaltung deutlich auf Gewinn angelegt ist und erkennbar professionelle Züge trägt. Dann ist zu berücksichtigen, daß Grundlage einer eigenen Verpflichtung nicht notwendig die Fähigkeit sein muß, ein bestimmtes Geschehen im gewünschten Sinn zu lenken, sondern auch die Fähigkeit sein kann, die Risiken, die mit bestimmten Planungen verbunden sind, einzukalkulieren und aufzufangen³⁷. Auf den Sportveranstaltungsvertrag angewendet bedeutet dies, daß der Veranstalter, der die Teilnehmer unter seinen Mitgliedern aussucht, recht genau abschätzen kann, wie zuverlässig diese sind, mit welcher Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, daß sich diese nicht programmgemäß an der Veranstaltung beteiligen und ihn Schadensersatzansprüchen seitens der Zuschauer aussetzen. Zur Abdeckung dieser Schadensersatzrisiken vermag er aus den Eintrittsgeldern Rücklagen zu bilden und auf diese Weise das Risiko zu streuen, das daraus resultiert, daß er sich im Interesse der Zuschauer zu Tätigkeiten verpflichtet, die er nicht selbst zu erbringen imstande ist. In dieser Fallkonstellation hat mithin der Veranstalter dafür einzustehen, daß die von ihm nominierten Amateure teilnehmen³⁸ und sich nach Kräften um sportliche Erfolge bemühen.

Beiden Fallgruppen ist die Verpflichtung des Veranstalters, die sportlichen Aktivitäten so zu gestalten, daß Gesundheit und Eigentum der Zuschauer nicht gefährdet werden. Diese Pflichten liegen auf der Ebene der allgemeinen Verkehrssicherungspflichten. Zur Abdeckung der daraus entspringenden Risiken steht dem Veranstalter die Haftpflichtversicherung³⁹ offen, die dem Veranstalter eine reibungslose Absorption etwaiger Schäden gestattet. Es ist deshalb der Rechtsprechung⁴⁰ darin zuzustimmen, daß die aktiven Sportler als Erfüllungshelfen des Veranstalters verpflichtet sind, die Zuschauer vor Körper- und Eigentumsschäden zu bewahren.

b) Pflichten in Hinblick auf Arbeitnehmer des Veranstalters

Eine umfassende Einstandspflicht trifft den Veranstalter ferner dort, wo Sportler tätig werden sollen, die beim Verein als Arbeitnehmer zum Zweck der Sportausübung angestellt sind. Hier kommen nicht nur die für Vereinsmitglieder geltenden Erwägungen über die Absorption etwaiger Risiken zum Tragen. Es fällt vor allem die weitgespannte Weisungsbefugnis ins Gewicht, die der Veranstalter gegenüber seinen Arbeitnehmern besitzt. Sie erlaubt es dem Veranstalter, auf das Verhalten der aktiven Sportler nachhaltig Einfluß zu nehmen, jedenfalls aber die mit der Veranstaltung verbundenen Risiken zu minimieren.

c) Pflichten des Veranstalters im Hinblick auf „eingeladene“ Vereine und die von diesen nominierten Sportler

Anhand der gleichen Wertungen ist das Ausmaß der Pflichten in Hinblick auf diejenigen Sportler zu bestimmen, die von anderen „eingeladenen“⁴¹ Vereinen nominiert werden. Man hat deshalb vier Fallgruppen zu bilden.

Zunächst ist die Fallgruppe ins Auge zu fassen, bei der der Veranstalter Amateure anderer Vereine eingeladen und sich allenfalls zum Ersatz der Spesen verpflichtet hat. Da der Einfluß des Veranstalters auf die vereinsfremden Amateure in aller Regel noch unter dem Einfluß auf die eigenen Mitglieder liegen wird, kann eine Verpflichtung des Veranstalters, sportliche Höchstleistungen zu demonstrieren, nur bejaht werden, falls die Veranstaltung professionell aufgezogen und erkennbar auf Gewinn ausgerichtet ist. Sind die Bedingungen „professioneller Charakter der Veranstaltung und Gewinnerzielungsabsicht“ erfüllt, so fällt grundsätzlich der Umstand nicht ins Gewicht, daß der eingeladene Verein und dessen Sportler nur gegen Spesenersatz teilnehmen oder gar die Aus-

wahl des teilnehmenden Vereins durch einen Dritten, z. B. einen Dachverband im Rahmen der Organisation von Wettkampfveranstaltungen⁴² erfolgt; denn der Veranstalter wird in aller Regel über eine hinreichend sichere Kalkulationsbasis verfügen, da ihn mit den eingeladenen Vereinen langwährende und intensive Kontakte verbinden werden. Erst recht ist das Risiko dort kalkulierbar, wo die eingeladenen Vereine bei ihnen tätige Arbeitnehmer professionell einsetzen. Es spielt daher keine Rolle, daß der Veranstalter gegenüber den beim eingeladenen Verein angestellten Sportlern keine unmittelbare Weisungsbefugnis besitzt. Andererseits kommt es nicht darauf an, ob der Veranstalter mit dem eingeladenen Verein einen Austausch- oder Gesellschaftsvertrag geschlossen hat, in dem sich der Verein zur Teilnahme verpflichtet hat⁴³.

d) Pflichten im Hinblick auf Schieds- und Kampfrichter

Von den Schieds- und Kampfrichtern hängt es häufig ab, ob die sportlichen Veranstaltungen ohne Störungen ablaufen. Dies gilt nicht nur unter dem Aspekt etwaiger Entscheidungen über sportliche oder unsportliche Leistungen der Spieler bzw. Wettkämpfer, sondern auch angesichts von Entscheidungen, die im Vorfeld der Veranstaltung liegen, wie der Frage der Bespielbarkeit eines Fußballplatzes⁴⁴. Die aus der Tätigkeit des Schiedsrichters resultierenden Risiken dürfen dem Veranstalter nicht aufgebürdet werden. Zwar muß ein Schiedsrichter teilnehmen, um den ordnungsgemäßen Ablauf der Veranstaltung zu gewährleisten. Es ist jedoch zu bedenken, daß der Veranstalter sich in aller Regel die Person des

37) Siehe oben bei Fn. 30.

38) Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß der Veranstalter nach der Verkehrssitte das Recht besitzen kann, im Rahmen des billigen Ermessens Spieler auszutauschen oder andere Sportler einzusetzen.

39) Vgl. BGH, VersR 1957, S. 228 (230).

40) RGZ 127, S. 313 (315); BGH, VersR 1957, S. 228; OLG Nürnberg, VersR 1955, S. 444.

41) Hier ist zu differenzieren, ob hinter der „Einladung“ bloß das unverbindliche Angebot zur Teilnahme steht oder ob die „Einladung“ Basis eines Dienst- oder Gesellschaftsvertrages ist.

42) Vgl. z. B. § 28 Nr. 1 der Spielordnung des Deutschen Fußball-Bundes: § 28 Spielpaarungen und Austragungsorte: – 1. Die Meisterschaftsspiele der Bundesliga werden nach einem von dem Spielleiter ausgearbeiteten Spielplan mit Hin- und Rückspiel ausgetragen. Grundlage dieses Spielplanes ist der Rahmenterminkalender des DFB. Die Paarungen für den Vereinspokal, für die Deutschen Amateur-Meisterschaften und für den Länderpokal werden vom Spielausschuß des DFB ausgelost. Im übrigen wird nach den Durchführungsbestimmungen verfahren.

43) Sog. Freundschaftsspiele.

44) Vgl. z. B. §§ 5, 8 der Durchführungsbestimmungen für Bundesligaspiele des Deutschen Fußball-Bundes: § 5 Schiedsrichter-Entscheidung: Der Schiedsrichter entscheidet über ordnungsgemäßen Platzaufbau und Eignung des Balles. Einwendungen hiergegen müssen vor Spielbeginn durch den Spielführer vorgebracht werden. – § 8 Bespielbarkeit: (1) Die Vereine mit vereinseigenen Plätzen sind verpflichtet, das Spielfeld mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln auch bei schlechter Witterung bespielbar zu machen. Vereine ohne vereinseigene Plätze sind verpflichtet, beim Platzeigentümer für die Bespielbarkeit des Spielfeldes zu sorgen. – (2) Der Schiedsrichter ist unmittelbar nach Ankunft am Spielort verpflichtet, bei möglicher Unspielbarkeit des Platzes unverzüglich den zuständigen Spielleiter über die DFB- bzw. Verbandsgeschäftsstelle in Kenntnis zu setzen, damit der Spielleiter über die vorzeitige Absetzung des Spiels entscheiden und damit evtl. die Anreise der Gastmannschaft verhindern kann. Von der Absetzung eines Spiels sind alle Beteiligten sofort zu benachrichtigen. – (3) Die Entscheidung über die Bespielbarkeit des Platzes soll vier Stunden vor dem angesetzten Spielbeginn durch die Sportplatzkommission getroffen werden. Die Unspielbarkeit des Platzes kann nach diesem Zeitpunkt bis spätestens zwei Stunden vor Spielbeginn durch die Kommission nur festgestellt werden, wenn zwischenzeitlich eingetretene Witterungseinflüsse die Bespielbarkeit des Spielfeldes entscheidend verschlechtert haben. Die Befugnis des Schiedsrichters, ein angesetztes Spiel unter dem Gesichtspunkt einer möglichen Gesundheitsgefährdung der Spieler jederzeit abzusagen, bleibt unberührt. Bereits im Laufe der Woche kann die Sportplatzkommission Platzbesichtigungen vornehmen und hat für die Durchführung des Spiels nachteilige Feststellungen dem Spielleiter über die zuständige Geschäftsstelle bekanntzugeben, damit der Spielleiter über die vorzeitige Absetzung eines Spiels entscheiden kann. – (4) War ein gemeldeter Spielplatz wiederholt nicht bespielbar, so soll der Spielleiter die Spiele auf einem neutralen Platz austragen lassen.

Schiedsrichters nicht aussuchen kann und deshalb das auf ihn zukommende Schadensersatzrisiko nur unzulänglich zu quantifizieren vermag. Daß der Veranstalter auf die Entscheidung selbst keinen Einfluß nehmen darf, versteht sich von selbst. Daraus folgt, daß man den Pflichtenkreis des Veranstalters nicht auf die Tätigkeit des Schiedsrichters erstrecken darf. Das hindert freilich nicht, den Veranstalter normalerweise zur Rückzahlung des Entgelts zu verpflichten, falls die Veranstaltung wegen Nichterscheins oder einer Fehlentscheidung des Schiedsrichters ausfallen oder abgebrochen werden muß; denn insoweit ist die Gefahr der Höhe nach gut überblickbar, so daß geringere Anforderungen an die Kalkulierbarkeit des Risikos⁴⁵ gestellt werden können.

4. Zwischenergebnis

Der Vertrag zwischen Sportveranstalter und Zuschauern läßt sich mithin keinem bestimmten Vertragstyp zuordnen. Er gehört vielmehr zur Kategorie der atypischen Verträge. Der Sportveranstaltervertrag ist zunächst immer durch mietrechtliche Elemente gekennzeichnet, da der Veranstalter den Besuchern zum Zuschauen geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung stellen muß. Neben diese mietrechtlichen Elemente treten immer solche werkvertraglicher Natur. Jeder Veranstalter verpflichtet sich zur Organisation der Veranstaltung und übernimmt die Gewähr dafür, daß die Zuschauer Gelegenheit erhalten, an einer Sportveranstaltung der angekündigten Art teilzunehmen⁴⁶. Dort, wo der Veranstalter professionell tätig wird, insbesondere als Arbeitnehmer beschäftigte Sportler einsetzt, übernimmt er die darüber hinausgehende Verpflichtung, daß sich diese Sportler um Höchstleistungen bemühen. Von diesem Ausgangspunkt aus sind die Rechtsfolgen denkbarer Leistungsstörungen zu bestimmen. Dabei kann man nicht einfach auf die für gesetzlich erfaßte Vertragstypen normierten Leistungsstörungsregeln zurückgreifen, sondern muß im Wege der ergänzenden Vertragsauslegung eigenständige Regeln entwickeln⁴⁷. Das dispositive Recht fungiert als Kontrollmaßstab und liefert dort die maßgeblichen Wertungen, wo der Sinn- und Zweckzusammenhang des konkreten Sportveranstaltungsvertrags nicht genügend Anhaltspunkte bietet, um eine bestimmte Streitfrage zu entscheiden.

III. Leistungsstörungen

1. Ausfallen der Veranstaltung

a) Erstattung der Eintrittsgelder

Fällt die Veranstaltung aus, so hat der Veranstalter in aller Regel gemäß § 323 Abs. 1, 3 BGB die Eintrittsgelder zurückzuzahlen. Dabei ist es gleichgültig, ob er das Ausfallen zu vertreten (§ 325 Abs. 1 S. 2 BGB) oder nicht zu vertreten hat (§ 323 BGB). Demzufolge trägt der Veranstalter das Risiko, daß der Platz unbespielbar ist, das Stadion vom Vermieter nicht zur Verfügung gestellt wird oder die Spielmannschaften nicht am Platz erscheinen. Es kann dahingestellt bleiben, ob sich der Veranstalter, den auch die Pflicht trifft, sportliche Höchstleistungen zu erbringen, auf § 616 berufen darf, wenn die angekündigten Sportler aus in ihrer Person liegenden Gründen nicht auftreten; denn der Veranstalter hat auch⁴⁸ versprochen, daß die Veranstaltung überhaupt stattfindet.

b) Schadensersatzanspruch

Als ersatzfähiger Schaden kommen hier die Aufwendungen der Zuschauer in Betracht. Unterstellt man, daß diese Aufwendungen zur Kategorie der ersatzfähigen Schäden⁴⁹ zählen, so treffen den Veranstalter entsprechende Ersatzpflichten, wenn ihn oder einen seiner Erfüllungsgehilfen am Ausfall der Veranstaltung ein Verschulden trifft. Zum Kreis der Erfüllungsgehilfen wird man all die Personen rechnen müssen, die der Veranstalter als Organisationsgehilfen eingesetzt hat. Ein

Verschulden der aktiven Sportler, die z. B. nicht antreten oder durch unfaires Verhalten den Spielabbruch erzwingen, muß sich der Veranstalter jedoch nur dann zurechnen lassen, wenn die sportlichen Aktivitäten zu seinen Dienstpflichten gehören. Derjenige Veranstalter, der die Veranstaltung nicht professionell aufgezogen hat und keine Arbeitnehmer – Sportler beschäftigt, braucht mithin für ein Fehlverhalten der Sportler nicht auf Schadensersatz zu haften, durch das das Sportgeschehen beeinträchtigt wird. Für die Ordnungsmäßigkeit der Zuschauertribünen haftet der Veranstalter nicht entsprechend § 538 Abs. 1 BGB, da diese ohnehin fragwürdige Vorschrift wesentlich von sozialpolitischen Erwägungen getragen wird⁵⁰, die beim Sportveranstaltungsvertrag keine Rolle spielen. Hat der Veranstalter die Sportstätte gemietet, so ist der Vermieter regelmäßig nicht Erfüllungsgehilfe⁵¹.

2. Mangelhafte Leistungen der Sportler

Eine bestimmte Qualität der sportlichen Darbietungen gehört, wenn man davon absieht, daß etwa bei einem Fußballspiel nicht Handball gespielt werden darf und die angekündigten Mannschaften teilnehmen müssen, nicht zu den Eigenschaften des „Werkes“, das zu erstellen der Veranstalter versprochen hat. Bleiben die Leistungen der Sportler hinter den ihnen möglichen Leistungen zurück, so kommt eine Haftung des Veranstalters deshalb nur dort in Betracht, wo er ein bestimmtes Verhalten im Hinblick auf die sportlichen Aktivitäten versprochen hat. Nach den bisherigen Ausführungen ist von einer derartigen Verpflichtung auszugehen, falls die Veranstaltung auf Gewinn angelegt ist oder Arbeitnehmer als Sportler eingesetzt werden. In diesen Konstellationen ist es gerechtfertigt, dem Veranstalter eine schuldhafte Minderleistung der Sportler gemäß § 278 BGB zuzurechnen.

3. Mangelhafte Sicht der Zuschauer

Der Veranstalter ist verpflichtet, dem Besucher einen Platz zur Verfügung zu stellen, von dem aus er das Sportgeschehen angemessen verfolgen kann. Erfüllt der Platz diese Anforderungen nicht, so kann der Zuschauer gemäß § 323 BGB sein Entgelt zurückfordern oder mindern. Zum gleichen Ergebnis gelangt man, wenn man sich auf die Wertung des § 537 Abs. 1 BGB mit dem Argument stützt, daß hier mietrechtliche Elemente des Sportveranstaltungsvertrages tangiert seien. Die Sichtbeeinträchtigung kann auch darauf zurückzuführen sein, daß andere Zuschauer unberechtigt ihren Platz verlassen. Das AG Hannover⁵² hat in einem Parallelfall dazu jüngst entschieden, daß die durch ein Vordrängen der Zuschauer verursachte Verschlechterung der Sicht einen Mangel darstellt, für den der Veranstalter ohne Rücksicht auf Verschulden einzustehen habe. Dem ist im Ergebnis zuzustimmen. Zwar resultiert der Mangel nicht aus den räumlichen Gegebenheiten des Platzes⁵³. Der Veranstalter vermag jedoch die Gefahr, daß sich Besucher undiszipliniert verhalten – eine Gefahr, mit der bei vielen Sportveranstaltungen zu

45) Hier fällt z. B. der Umstand ins Gewicht, daß nur besonders ausgebildete und erprobte Schiedsrichter, die von einem Dachverband nominiert werden, eingesetzt werden dürfen.

46) Dieses Risiko ist so gut überschaubar und steuerbar, daß nach Treu und Glauben (§ 157 BGB) davon ausgegangen werden kann, der Veranstalter wolle den Zuschauern einen Erfolg im Sinne des Werkvertragsrechts versprechen.

47) Vgl. Leenen, Typus und Rechtsfindung (1971), S. 186f. Andere wollen die Lücke im Wege der Analogie schließen; vgl. Larenz, Schuldrecht II, a. a. O. (Fn. 35), S. 424.

48) Siehe oben bei Fn. 46.

49) Siehe oben Fn. 33.

50) Prot. VI 186; vgl. ferner Koller, Risikozurechnung, a. a. O. (Fn. 11), S. 118f.

51) MünchKomm-Hanau, BGB, a. a. O. (Fn. 28), § 278 Rdnr. 19.

52) AG Hannover, NJW 1981, S. 1219.

53) Zur Problematik der sog. Umweltfehler Koller, Risikozurechnung, a. a. O. (Fn. 11), S. 339ff.

rechnen ist –, bedeutend effizienter in den Griff zu bekommen. Dieser Beherrschbarkeitsvorsprung rechtfertigt es, ihm das Risiko einer Erstattung bzw. Minderung des Eintrittsgeldes ohne Rücksicht auf Verschulden aufzuerlegen.

4. *Verletzung der Zuschauer*

Der Veranstalter hat dafür zu sorgen, daß die Zuschauer während der Veranstaltung nicht verletzt werden. Zu diesem Zweck hat er die Zuschaueranlagen verkehrssicher auszugestalten und ausreichend Ordnungskräfte bereitzustellen. Für Schädigungen von Besuchern durch andere Zuschauer haftet der Veranstalter nur, falls der Schaden durch die Art der Stadionanlagen⁵⁴ oder das Verhalten des Ordnungsdienstes schuldhaft mitverursacht worden ist. Hingegen muß der Veranstalter dafür einstehen, daß Zuschauer durch sportliche Aktivitäten verletzt werden. Die Sportler sind im Einklang mit der ständigen Rechtsprechung⁵⁵ zu den „Bewahrungsgehilfen“ zu zählen.

54) OLG Nürnberg, VersR 1955, S. 444.

55) RGZ 127, S. 313; BGH, VersR 1957, S. 228.